
Prekarisierungen wirken existenz-bedrohend. Dies gilt nicht nur für eine Einschränkung bzw. Verletzung von Menschenrechten und Grundrechten, den Ausschluss von Partizipationsmöglichkeiten an gesellschaftlichen Ressourcen, Mobilität, demokratischer Mitbestimmung und Repräsentation, sondern auch für identitäre Markierungs-, Zuschreibungs- und Ausschlussverfahren. In diesem Sinn dienen idealisierende und romantisierende Darstellungen von Prekarisierungen – sei es in Form des Mythos von der universalen Chance zum sozialen Aufstieg,¹ sei es in Form einer Mystifizierung von Krisen als Voraussetzung für künstlerische Kreativität – keineswegs einem emanzipatorischen Anspruch, sondern vielmehr der Reproduktion diskriminatorischer Strukturen und neoliberaler Flexibilisierungs- und Optimierungsimperative.

Die Frage, wie Prekarität jenseits dessen als epistemologisch-politisches Potential produktiv zu machen wäre, und wie zugleich der Reproduktion diskriminatorischer Strukturen und neoliberaler Prinzipien nachhaltig entgegenzutreten wäre, ist daher keinesfalls mit idealisierenden Parolen aus der Management-, Kreativitäts-, oder Ratgeber_innen-Rhetorik zu beantworten, erfordert aber auch mehr als etwa juristische oder moralische Argumente. Vielmehr gilt es, die Frage nach der Verfügbarkeit von Subjektpositionen und den Voraussetzungen einer Definition sozialer Formationen bzw. Gemeinschaften – und damit nach den Grundlagen entsprechender Definitionsmacht – auf der Ebene der Bedingungen der Herstellung von Identität und damit von Existenz kritisch zu analysieren. Denn wenn z. B. Menschenrechte bzw. Grundrechte unter Berufung auf eine Gefährdung sozialer oder nationaler Sicherheit als willkürlich interpretierbar bzw. faktisch aussetzbar betrachtet werden, so muss die Frage der Konstitutionsbedingungen von Identität (individueller wie auch kollektiver) und damit von Ein-Deutigkeit und Sicherheit genauer betrachtet werden. In den Fokus rücken hier Spannungsmomente zwischen einem Anspruch auf und zugleich einer Kritik von Identität, die eine Herausforderung und zugleich einen entschei-

denden Ausgangspunkt für die Formulierung kritischer Subjektpositionen – etwa in Ansätzen feministisch-antirassistisch-queerer Repräsentationskritik – bilden. Dabei geht es nicht nur um Modi der gesellschaftlich-kulturellen und politischen Repräsentation. Vor allem geht es um die Frage, auf welcher Basis allererst Differenz (und damit Identität) als Realität hergestellt wird, das heißt um eine Untersuchung von Denkmöglichkeiten und damit der Möglichkeitsbedingungen der Konstruktion von Wirklichkeit.

Die Frage, wie ein je spezifischer Identitäts-Anspruch mit einem fundamental identitätskritischen Anspruch reflexiv verknüpfbar wäre, und wie unter dieser Voraussetzung politische Handlungsfähigkeit begründbar wäre, stellt dabei eine zentrale Herausforderung dar. Denn was zur Debatte steht, ist die Argumentation der Anfechtbarkeit je spezifischer Realitätskonstruktionen – und damit jeglicher gesellschaftlicher Normierung, Hierarchisierung und Grenzziehung – und zugleich die Argumentation der Voraussetzungen einer kritischen Re-Artikulation von Realitätskonstruktionen. Besonders die Vorstellung von Eindeutigkeit (von Wissen/Realität/Identität) als gängiger Parameter von Sicherheit bzw. Absicherung gilt es daher kritisch zu re-vidieren und demgegenüber Uneindeutigkeit und – in diesem Sinn – Risiko in ihrer politischen Relevanz als Voraussetzung für Handlungsfähigkeit und Verantwortung wahrzunehmen.

Protest | prekär | organisiert Eine konkrete und äußerst virulente Auseinandersetzung mit der Frage nach der reflexiven Verknüpfbarkeit je spezifischer Identitäts-Ansprüche mit Identitätskritik – also nach einer reflexiven Praxis, die Spannungsmomente der paradoxen Formulierung einer anti-identitären Position zu beanspruchen und auf dieser Basis politische Handlungsfähigkeit zu begründen – lässt sich gegenwärtig im Fall der besonders seit Beginn des letzten Jahres sich weltweit formierenden Protestbewegungen gegen repressive Regime, fortschreitenden Sozialabbau, gegen die Dominanz eines die Politik in allen Bereichen bestimmenden globalen, deregulierten Finanzkapitalismus und für wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit und Demokratisierung beobachten. Diese vielfältigen und sehr unterschiedlichen Proteste, die sich am 15. Oktober 2011 in einem globalen Aktionstag mit Kundgebungen in mehr als 80 Ländern und annähernd 1000 Städten manifestierten, sind weder auf eine seit September 2011 sich formierende US-amerikanische *Occupy Wall Street*-Bewegung zu reduzieren, noch ist der Beginn der vielfältigen Protestbewegungen erst acht Monate davor, nämlich im Januar 2011 mit den Protesten gegen die Regime in Tunesien und Ägypten, anzusetzen. Vielmehr handelt es sich um eine, auch über die Globalisierungskritik- und Euromayday-Bewegungen zurückreichende, nun immer deutlichere Formierung gemeinsamer öffentlicher Artikulation wachsenden Unmuts über undemokratische

Strukturen und an den Interessen weniger Eliten orientierte Sozial-, Bildungs- und Finanzmarktpolitik. Die Beteiligung an den Protesten ist zunehmend nicht nur transnational, sondern durchkreuzt und überschreitet auch Generations- und andere identitäre Zuordnungen. Zunehmend protestieren Angehörige oder ehemalige Angehörige der sogenannten Mittelschicht (nicht nur in den USA) gemeinsam mit jenen, die schon vor der so genannten Finanzkrise nicht nur Vermögen, Arbeit, Wohnung und Existenzgrundlagen, sondern auch Chancen auf eine menschenwürdige und selbstbestimmte Zukunft verloren oder nie erhalten hatten.

Was diese fortlaufenden und vielfältigen Prozesse politischer Artikulation auszeichnet und von einer Tradition früherer Protestbewegungen unterscheidet, ist zuallererst die – vor allem etablierte politische Institutionen und Medienöffentlichkeit irritierende – Verweigerung einer vereindeutigenden Repräsentation. Repräsentation in Form einer politischen Vertretung (durch Parteien oder Regierungen) wird ebenso zurückgewiesen² wie eine Vereindeutigung durch Fürsprecher_innen (Prominente, Politiker_innen, Intellektuelle, o. ä.), die Vorstellung einer einheitlichen kollektiven Identität (vertreten etwa durch eine eingrenzbar Zielformulierung), oder die Forderung nach einem Programm und klar identifizierbaren Führungspersönlichkeiten oder Schlüsselfiguren.

Weitere wesentliche Prinzipien der Proteste, die etablierte und konventionalisierte Sicherheiten in Frage stellen, sind:

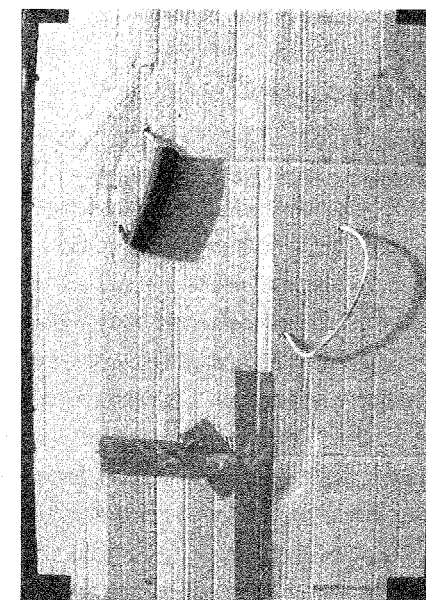
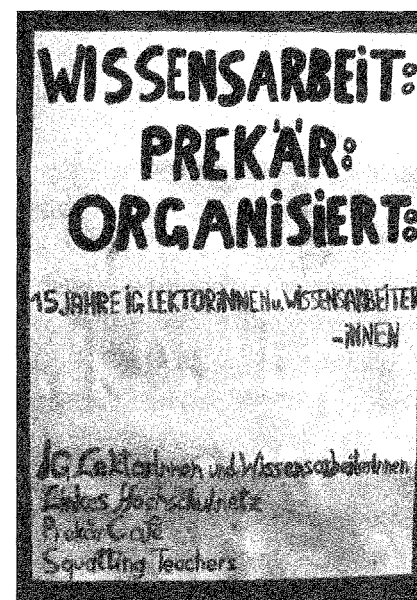
- gewaltloses Vorgehen, das nicht nur pragmatischen Überlegungen geschuldet ist, sondern sich vor allem gegen eine dichotome Logik von Repression und Revolte (bzw. Dominanz/Unterwerfung) richtet und eine traditionelle Gegenüberstellung von Kultur und autonomer Gegenkultur, oder von Mächtigen gegenüber Ohnmächtigen zumindest fragwürdig erscheinen lässt;
- anti-hierarchische Formen der (Selbst-)Organisation, ohne designierte Leitung oder (Wort-)Führungsposition;
- das Besetzen von Plätzen als öffentliche Plätze (in Stadtzentren und vor Bildungseinrichtungen wie Hochschulen oder Wirtschaftsinstitutionen wie Banken und Börsen) – wobei vor allem das Verlegen des gesamten Lebensalltags auf die Straße als Bedrohung hegemonialer Ordnung, einschließlich einer Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, wirkt; und nicht zuletzt:
- die Adressierung nicht nur einzelner, spezifischer Problembereiche, sondern einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive auf den Zusammenhang und die wechselseitige Bedingtheit von Bereichen wie etwa Wirtschaft, Bildung, Sozialsystemen und damit auf den Zusammenhang von politisch-ökonomischer und epistemologischer Produktion und Strukturierung von gesellschaftlicher Realität.

Ohne die sehr unterschiedlichen Kontexte der einzelnen Protestbewegungen in verschiedenen Teilen der Welt widersinnigerweise unter einen identitären Begriff einer einzigen, umfassenden Bewegung zu subsumieren, lässt sich ein jeweils unterschiedlich perspektivierter Fokus auf politische Artikulationen gegen dominante Repräsentationslogiken und für radikale Demokratisierung feststellen.

Auf die Bedeutung des in vielen Teilen der Protestbewegungen hervorgehobenen Bildungsbereichs als einem der zentralen Felder, über die die Reproduktion (bzw. potentiell die Bekämpfung) sozialer Ungleichheit gewährleistet wird, haben bereits die Studierendenproteste hingewiesen, die sich im Herbst 2009 ausgehend von der Akademie der bildenden Künste in Wien und der Universität Wien formierten, vor allem dort auch über ein Jahr hinaus unvermindert fortgesetzt wurden und gegenwärtig in Protesten gegen eine erneute Verschärfung der Studienbedingungen und soziale Segregation wieder aufgenommen werden.³ Die Frage, wie eine anti-identitäre Grundlage für politische Handlungsfähigkeit entwickelt und Prekarität als epistemologisch-politisches Potential produktiv zu machen wäre, lässt sich am Beispiel der in diesem Kontext entwickelten Praktiken und im Zusammenhang mit den aktuellen Protesten untersuchen. Die gesellschafts- und bildungspolitische Relevanz einer kritischen Re-Vision tradiert, an die Vorstellung von Kohärenz und Eindeutigkeit gekoppelter Begriffe von Wissen, Identität und Handeln zeigt sich nicht nur in den von den Studierenden schon 2009 artikulierten Forderungen nach antidiskriminatorischen Strukturen in allen Bildungseinrichtungen, nach Demokratisierung statt Ökonomisierung von Bildung, nach selbstbestimmtem, forschendem Studieren (und folglich auch forschungsgeleiteter, forschender Lehre) statt Verschulung und Bürokratisierung.⁴ Diese Relevanz zeigt sich auch in der Organisation, Durchführung und Kommunikationskultur der Proteste selbst. Diversität und Inkohärenz der Positionen des Protests wurden dabei nicht als ‚Störung‘ adressiert, sondern vielmehr als nicht nur unumgänglicher, sondern vor allem konstitutiver Faktor konflikthaften Ausverhandelns gesellschaftlicher Realität kontinuierlich transparent gemacht und reflektierend und kontrovers thematisiert.

Von übergreifendem Interesse sind diese Proteste nicht nur, weil hier partizipativ-demokratische Prozesse innerhalb strikt hierarchisch organisierter institutioneller Strukturen erprobt wurden und werden, sondern vor allem auch, weil alternative Formen der Kommunikation und Organisation, der Zuerkennung von Expert_innenschaft und Vertretungsrecht bzw. Legitimierung in Sprecher_innen-Funktion sowie auch Formen der Kritik und Ausverhandlung von Handlungsoptionen im Fall von sexistischen, homophoben, rassistischen oder in anderer Weise diskriminierenden Übergriffen entwickelt und praktiziert wurden.⁵ Die partizipative Strukturierung der Kommunikation in großen Gruppen, et-

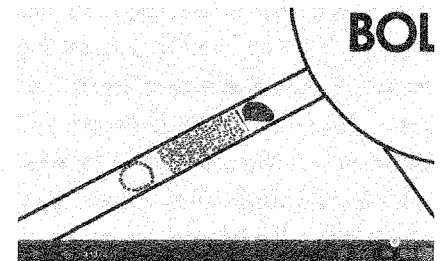
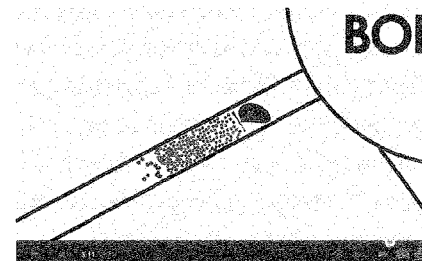
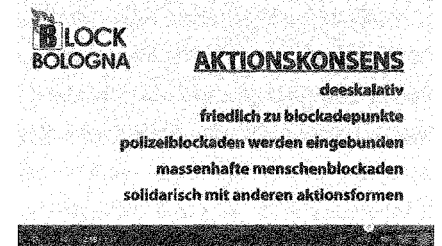
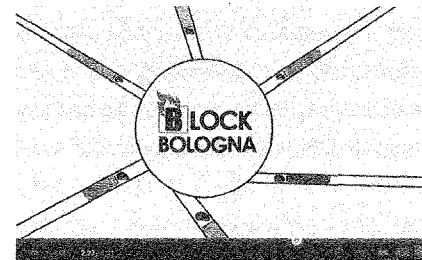
wa durch Reißverschlussprinzip, kodifizierte Handzeichen (für Zustimmung, Ablehnung, Wiederholung etc.) u.ä. wurde in allen Bereichen der Protestbewegung praktiziert und weiterentwickelt. Die Beherbergung von Obdachlosen am organisatorisch wie auch medial-repräsentativ wohl wichtigsten Knotenpunkt der Proteste, im Audimax der Universität Wien, entsprach dabei nicht nur dem dezidiert anti-diskriminatorischen Selbstverständnis der Protestbewegung. Darüber hinaus verwies sie zum einen auf die gesamtgesellschaftlichen Probleme sozialer und bildungspolitischer Ungleichheit und zum anderen auf die wechselseitige Bedingtheit unterschiedlicher Sektoren des Bildungssystems, des Arbeitsmarkts, Rechtssystems, ökonomischer Strukturen und schließlich eines Kultur-, Wissens- und Bildungsbegriffs selbst.⁶ Diese, übliche Grenzziehungen übergreifende Bedeutung wurde u. a. durch die Solidarisierung mit und von anderen (nicht unbedingt nur dem Bildungssektor zugeordneten) Initiativen und Organisationen wie etwa Gewerkschaften, Berufsverbänden oder anderen Interessensvertretungen unterstrichen. Auch hierarchische Grenzziehungen zwischen unterschiedlichen universitären Statusgruppen wurden zur Debatte gestellt und solidarische Lehrende, vor allem der mittleren und unteren universitären Hierarchieebenen, verwiesen (und verweisen) ebenfalls nicht nur auf die zunehmende neoliberale Marktförmigkeit einer Wissensökonomie auf Kosten gesellschafts-



1-2 Cover 15 Jahre IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen, Wien 2011

kritischer und emanzipatorischer Forschung und Wissensproduktion, sondern auch auf die problematische Rolle der Universitäten als „Fabriken der Prekarisierung“. ⁷ Auf den engen Zusammenhang der Produktion von Wissen und der Produktion von Gesellschaft verweist auch die Dokumentation des mittlerweile 15 Jahre andauernden Interessenskampfes gegen die genannten Neoliberalisierungs- und Prekarisierungs-Entwicklungen. Schon die Cover-Gestaltung der Dokumentation nimmt Bezug auf das seit 2010 bei Kundgebungen eingesetzte Format des sog. *Book Blocs*, Buchcover-ähnliche und quasi als Abwehr- bzw. Kampf-Schild benutzbare Transparente, die auf die Verschränkung von Bildung und sozialer Ungleichheit hindeuten (Abb. 1–2).

bolognaburns Als Teil einer breiten und vielfältigen medialen Kommunikation der Protest-Anliegen durch die Studierenden entstanden – neben dem Web-Auftritt, Live-Streams, Social-Media-Plattformen, Buch- und DVD-Publikationen und einem Kino-Film⁸ – zahlreiche Online-Video-Clips, wie z. B. *bolognaburns*.⁹ (Abb. 3) Der dreiminütige Clip wurde von Studierenden im März 2010, also ein halbes Jahr nach Beginn der Proteste in Wien, als Protest-Aufruf gegen die in Wien und Budapest einberufene Jubiläumskonferenz zur internationalen Evaluation des Bologna-Prozesses¹⁰ produziert und online gestellt. Was dieser Clip erkennbar macht, ist nicht nur die Fragwürdigkeit einer eindeutigen Abgrenzbarkeit eines vorgeblich klar definierten politischen Problemfeldes gegenüber anderen gesellschaftlichen Fragenkomplexen, sondern auch kritisch-reflexive Formen der Anfechtung vereindeutigender Polarisierungen hegemonialer Positionen und tradierter Sicherheiten sowie die Entwicklung darauf basierender, konkreter Handlungsstrategien. Die Repräsentationsstrategien unterscheiden sich dabei deutlich gegenüber Formen der Repräsentation der Proteste in etablierten Massenmedien (egal ob Print, Web oder TV). Letztere antworteten auf die Herausforderung, die sich in den Protesten entwickelnden neuen Kulturen politischer Artikulation und Auseinandersetzung darzustellen, lediglich mit konventionalisierten Bildern demonstrierender Massen, aus polarisierenden Kameraperspektiven, die implizit auf die Ikonografie entweder gewalttätig *randalierender* oder *chaotischer* Jugendgruppen verwiesen. Für die partizipatorisch-demokratischen Prozesse allerdings, die von den Protestierenden erprobt wurden, waren in den Mainstream-Medien hingegen ebenso wenig Repräsentationen zu finden wie für die in den Protesten entwickelten alternativen Formen der Kommunikation und Organisation.¹¹ Genau dies wird in *bolognaburns* auf zwei Ebenen adressiert – zum einen über den gesprochenen und geschriebenen Text, zum anderen über die animierte Grafik. Beide Formen der Artikulation weisen über eine lokale und inhaltliche Begrenzung hinaus auf wesentlich komplexere und weiterreichende



3–8 *bolognaburns!* – MobilisierungsVideo (deutsch, Demo/Blockade), hochgeladen von *bolognaburns.org* am 3. März 2010, Video-Stills

Zusammenhänge und stellen tradierte Dichotomien in Frage. Nicht eine eindeutig definierte Formation (eines kollektiven politischen Subjekts) steht hier etwa einer anderen, ebenso eindeutigen gegenüber.¹² Vielmehr ist ein offener Prozess der situativen Einbeziehung unvorhersehbarer Entwicklungen zu beobachten, in dem die Grenzziehungen laufend neu zur Debatte gestellt werden – die Polizei etwa wird in die Blockade als Mitwirkende friedlich eingebunden (Abb. 3–8).

Genau diese Diskussions- und Ausverhandlungsprozesse und etwaige Effekte, die sich nicht mittels kanonisierter Bildrepertoires vermitteln lassen, ebenso wie das vielfältige Verweisen auf wechselseitige Bedingtheiten, das in den Protesten und u. a. in dem Video *bolognaburns* artikuliert wird, ist als eine grundlegende Infragestellung von Grenzen und damit

von Sicherheiten zu lesen. Diese Ent-Grenzung wirkt – vor allem gegenüber institutionalisierten Ordnungen von Gesellschaft und Wissen – deshalb irritierend, weil dieser Diskurs Prozesse der Ausverhandlung als offene Prozesse ernst nimmt und die Parameter des Denkmöglichen selbst zur Debatte stellt. Unter anderem das – nicht nur in bildungspolitischen Kontexten – scheinbar selbstverständliche, stereotype Verweisen von institutioneller Seite auf vorgebliche „Kapazitätsgrenzen“, welches *gegebene*, eindeutig definierbare und begrenzte Totalitäten suggeriert, steht auf dieser Grundlage zur Disposition und wird auf einen Perspektivwechsel auf Umverteilung bzw. eine Debatte über die Funktion von Universitäten hin verhandelbar. Eine Kritik an vereindeutigenden Zuschreibungen ist daher nicht allein als Identitätskritik zu verstehen, sondern vor allem als Kritik eines Denkens in absoluten und eindeutig umgrenzten Größen. Das In-Frage-Stellen hegemonialer Vorstellungen von Identität/Realität erlaubt eine kritische Analyse des konstitutiven Ineingreifens unterschiedlicher Macht- und Wissensproduktionen wie etwa Sexuierungs-, Rassisierungs-, Nationalisierungs- und Klassifizierungsmechanismen. Es erlaubt des Weiteren eine kritische Analyse der epistemisch-politischen Rolle entsprechender Authentizitäts- und Legitimitätskategorien für die Generierung und Strukturierung von Wissen und Gesellschaft. Identität ist in diesem Sinn *Folge*, nicht Grundlage, einer Differenzierung – und gerade in diesem Sinn *Realität*. Die jeweilige Konstruktion eines Anderen oder Außen ist somit keineswegs eine von der jeweiligen Identitätskonstruktion, der jeweiligen Konstruktion eines Innen getrennte Entität, sondern konstitutiver Teil ebendieser Konstruktion.¹³

Das Video *bolognaburns* zeigt keine Dichotomie eines *Wir* gegen *Anderere*, sondern eine Reflexion der eigenen Situiertheit als Teil dieses *Anderen*, in einer wechselseitigen Bedingtheit, die in die Handlungsstrategien reflexiv mit eingebunden wird, um Perspektiven, Denk- und Handlungsmöglichkeiten zu verändern und zu erweitern. Un-eindeutig ist etwa, *wer hier wen blockiert*, und Polizeisperren und Blockadezüge werden quasi ununterscheidbar. Diese Bedingtheit, also *Sicherheitslosigkeit* bzw. Prekarität, die eine Schließung oder Fixierung von Bedeutung/Identität verunmöglicht, bildet eine latente Bedrohung je spezifischer Identitätskonstruktionen und erfordert entsprechende Bewältigungsstrategien, um die Illusion verlässlicher Fixpunkte bzw. vermeintlicher *Garantien* für die jeweilige Identitäts- und Realitätskonstruktion aufrechtzuerhalten, diese also abzusichern. Absicherungsstrategien sind nicht nur die seitens etablierter Medienberichterstattung und Politik wiederholt an die Protestierenden gerichteten Forderungen nach einem eindeutigen Programm und identifizierbaren Führungsfiguren, um eine Ein-Ordnung und Einhegung des Un-Kalkulierbaren zu ermöglichen. Eine vergleichbare Funktion erfüllt auch die Guy-Fawkes-Maske, die mittlerweile weltweit gleichsam eine Logo-Funktion für die Pro-



9 Guy Fawkes-Maske

testbewegungen angenommen hat, auch wenn sich darin Angebot bzw. Anspruch einer Identifizierung zugleich mit einem Entzug identitärer Eingrenzung verbindet.¹⁴ (Abb. 9) Versicherungs- bzw. Absicherungsstrategien als Versuche der Herstellung von Unhintergebarkeiten/Sicherheiten – sei es in Form verlässlicher, unanfechtbarer Identitäten, sei es in Form von „Gemeinschaft“ und Zugehörigkeit und damit immer auch von Grenzen und Ausschlüssen – müssen demgemäß unaufhörlich erneuert werden. Sie müssen erneuert werden, gerade *weil* die Herstellung einer gesicherten Bedeutung, gesicherten Wissens ebenso wie die einer eindeutigen, kohärenten Identität oder *Gemeinschaft*/Gesellschaft als geschlossene Totalität per definitionem unmöglich ist – als Phantasma gleichwohl aber eine konstituierende Funktion der Kontingenzbewältigung erfüllt. Gerade die Un-Verfügbarkeit einer *Garantie* oder einer *Sicherheit* ist Voraussetzung für Neu-Artikulationen von Bedeutung/Identität/Realität und impliziert somit *Verantwortung*. Denn jedwede Artikulation bzw. jede Setzung als Entscheidung ist gerade in dem Sinn politisch, als sie sich eben *nicht* auf eine vorgängige Instanz berufen kann, sondern eine Verhandlungsposition innerhalb eines bestimmten Kontextes im Verhältnis zu anderen Interessen und Kräften darstellt – und somit grundsätzlich zur Debatte steht.

Leaderchips – open mic für den Polizeiführer Deutlich wurde dies z. B. Mitte Oktober 2011 in einer Begegnung Protestierender vor dem Berliner Reichstag mit einem Einsatzleiter der Polizei, der die Absicht hatte, die seiner Definition nach unrechtmäßige Versammlung aufzulösen. Er adressierte die Protestierenden zunächst mit der Frage: „Wer ist hier der Versammlungsleiter?“ Mit diesem Versuch einer Anrufung war eine höchst interessante Kommunikation eröffnet.¹⁵ (Abb. 10–11) Die Reaktion der Protestierenden auf den Auftritt des *Polizei-führers* [sic!] entsprach nicht tradierten Stereotypen einer Konfrontation gegnerischer Positionen. Vielmehr wird der Polizist in dieser Kommunikation als gleichberechtigtes Gegenüber, als Gesprächspartner *anerkannt*. Identitäre Adressierungen werden gleichwohl zurückgewiesen: „Das ist hier keine Versammlung!“ – so die Antwort auf die Zwangsvergemeinschaftung als Versammlung. Die Technik des *human micro-*

Transparents in Händen der mit Guy-Fawkes-Masken anonymisierten Protestierenden fordert „Direkte Demokratie VOR ORT STATT Zentralismus aus Berlin oder Brüssel“; das heruntergesetzte Motto der VR verkündet: „Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt. Wir machen den Weg frei.“ Wenige Stunden später wurden auch die Volksbanken und Raiffeisenbanken selbst, ungeachtet deren Genossenschaftsstruktur, von den Beschlüssen des Brüsseler Euro-Gipfels betreffend Eigenkapitalquoten überrascht.²⁰

- 1 Vgl. z. B. den Topos des „Self-made man“.
- 2 Dies erfolgt implizit über die Form der Präsenz sowie unhierarchische diversifizierte Sprecher_innenpositionen, explizit durch Stellungnahmen Protestierender.
- 3 Vgl. <http://unibrennt.at/> sowie <https://lists.univie.ac.at/mailman/listinfo/zukunft-d-wissenschaften> [last access: 31.12.2011] und Stefan Heissenberger, Viola Mark, Susanne Schramm, Peter Sniesko, Rahel Sophia Süß, (Hg.), UNI BRENNT. Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches, Wien 2010. Kurz nach den ersten Kundgebungen in Wien folgten österreichweit sowie an zahlreichen anderen europäischen Universitäten weitere Protestbewegungen. Bemerkenswert nicht nur in Bezug auf diese Studierendenproteste, sondern auch in Bezug auf die seit Februar 2011 in Nordafrika, Europa und Südamerika entstehenden Protestbewegungen gegen jeweils spezifische Missstände und Unterdrückungsverhältnisse ist weniger die in allen Fällen ungeachtet ihrer äußerst diversen gesellschaftlich-politischen Kontexte zu beobachtende zentrale Bedeutung so genannter sozialer Medien bzw. Web 2.0 für ihre Organisation und Repräsentation, sondern vielmehr ihre dezentrale und anti-identitäre, diversitätsorientierte Organisation und (Selbst)Repräsentation. Siehe dazu ausführlicher Susanne Lummerding, Facebooking – What You Book is What You Get – What Else? in: Oliver Leister und Theo Röhle (Hg.), Generation Facebook. Über das Leben im Social Net. Bielefeld 2011, S. 199–215. In Bezug auf die Proteste in Tunesien und anderen Ländern siehe u. a. Lina Ben Mhenni, Vernetzt Euch! (fr. Or.: Tunesian Girl – Blogueuse pour un printemps arabe, Indigène éditions, Montpellier), Berlin 2011, S. 8.
- 4 Siehe dazu den Forderungskatalog vom 25.10.2009, der nur wenige Tage nach der initialen spontanen Besetzung des Audimax der Universität Wien online verfügbar war: <http://unibrennt.at/>

?p=383 [last access: 31.12.2011]. Lehrende vor allem der mittleren und unteren universitären Hierarchieebenen, die die Proteste auch aktiv unterstützen, unterstrichen diese Forderungen ergänzend mit eigenen Forderungskatalogen. <http://unibrennt.at/?p=6188&lang=de> [last access: 31.12.2011]; http://unibrennt.at/wiki/index.php/Squatting_Teachers#Forderungen [last access: 31.12.2011]. Der breiten Solidarisierung unterschiedlicher Protestgruppen für bessere Arbeitsbedingungen gingen unter anderem heftige Auseinandersetzungen um die Einführung von Kollektivverträgen an den Universitäten voraus. Der mit Herbst 2010 in Kraft getretene Kollektivvertrag wird bis heute, sowohl Vertragsdauer als auch Lohnhöhe betreffend, in zahlreichen Fällen an unterschiedlichen Instituten nicht eingehalten. Vgl. Interessengemeinschaft/IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen / Linkes Hochschulnetz / PrekärCafé / Squatting Teachers (Hg.), Wissensarbeit : Prekär : Organisiert. 15 Jahre IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen, Wien, Oktober 2011, online: http://ig-elf.at/fileadmin/homepage/Archiv/Texte/Broschuere_wissensarbeit-prekaer-organisiert.pdf [last access: 31.12.2011].

5 Dies inkludiert auch entsprechende Sprachregelungen. Mit nachhaltiger Wirkung wurde etwa von Beginn an in der gesamten Protestkommunikation online wie offline eine genderreflexive Schreibweise unter Verwendung des Unterstrichs durchgesetzt; vgl. F_L__T_Kollektiv (stellvertretend verfasst von Elena Barta, Kathrin Glösel, Iris Hajicekk, Angela Libal, Magdalena Schrott), Wir sind Laut! – Der besetzte Frauen_Lesben_Inter_Trans_Raum, in: Heissenberger 2010 (wie Anm. 3), S. 281–288; sowie Monika Bernold, Bewegungsöffentlichkeiten, mediale Selbst-Aktivierung und Geschlecht. Die Studierenden Proteste in Wien im Oktober 2009, in: Tanja Maier, Martina Theile, Christine Lin-

ke, (Hg.): Medien, Öffentlichkeit und Geschlecht in Bewegung. Forschungsperspektiven der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Bielefeld 2012, S. 141–161.

6 Zur Ambivalenz der Partizipation der Obdachlosen an den Protesten, durch die zugleich entscheidende Differenzen keineswegs aufzulösen waren, vgl. Bernold 2012 (wie Anm. 5).

7 IG LektorInnen und WissensarbeiterInnen / Linkes Hochschulnetz / PrekärCafé / Squatting Teachers 2011 (wie Anm. 4), S. 5.

8 <http://www.unibrennt-derfilm.at/> oder <http://unibrennt.tv/> [last access: 31.12.2011].

9 <http://www.youtube.com/watch?v=OrV8qwgKrPk> [last access: 31.12.2011].

10 Zu diesem Gipfel, zehn Jahre nach dem Start des Bologna-Reformprozesses zur Errichtung eines europäischen Hochschulraumes, wurden die zuständigen Minister aus den 46 Bologna-Staaten erwartet. <http://www.bmbf.de/press/2811.php> sowie http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/2010_conference/ [last access: 31.12.2011].

11 Vgl. Kurto Wendt, Audimaxismus und Tupperware? Über den eher verzweifelten Versuch der etablierten Medien, die Studierendenbewegung 09 zu verstehen, in: Malmoe, 48/2010, online seit 19.01.2010, <http://www.malmoe.org/artikel/widersprecher/1965> [last access: 31.12.2011].

12 Der Sprachduktus der namenlosen Sprecherin – „eine_r von vielen“ – macht ebenso wie die dazwischengeblendeten Perspektiven auf unterschiedliche, in verschiedene Richtungen sich vorwärtsbewegende und diskutierende Protestierendenmengen, deutlich, dass es sich nicht um eine individuell zuordenbare Position handelt.

13 Für eine differenzierte Kritik einer Identitätslogik sowie für die Argumentation des Moments einer Anfechtbarkeit von Realitätskonstruktionen und die Entwicklung einer entsprechenden Ethik siehe Susanne Lummerding, Agency@? Cyber-Diskurse, Subjekt-konstituierung und Handlungsfähigkeit im Feld des Politischen, Wien/Köln 2005, S. 113–149 und S. 241–273 sowie dies., Signifying theory_politics/queer?, in: Maria do Mar Castro Varela, Nikita Dhawan, Antke Engel (Hg.), Hegemony and Heteronormativity. Revisiting

„the political“ in queer politics. Aldershot/Hampshire 2011, S. 143–168.

14 Bekannt wurde die Maske zunächst 2005 durch die Verfilmung der dystopischen Graphic Novel V for Vendetta (Alan Moore, Daid Lloyd 1982) durch James McTeigue. Der anonyme Held kämpft in der Maske des englischen König-Attentäters Guy Fawkes (5. November 1605) gegen ein faschistisches Regime. Seit 2008 gewann die Maske als Markenzeichen der für ein freies Internet eintretenden Anonymous-Bewegung neue Popularität, vor allem im Zuge deren Unterstützung von WikiLeaks Ende 2010 – und sie taucht auch bei den aktuellen Studierendenprotesten wieder auf.

15 Occupy Berlin „open mic für den Polizeiführer“, Video-Still, hochgeladen von GeneralStreik2010 am 16.10.2011. www.youtube.com/watch?v=zCldRiciMT8 [last access: 02.01.2012].

16 Die Technik des *human microphone* wurde von Occupy-Wall-Street-Teilnehmer_innen in New York als Antwort auf das dortige Verbot elektrischer Verstärker entwickelt und verbreitete sich transnational.

17 Occupy Berlin „open mic für den Polizeiführer?“ (wie Anm. 15).

18 Slavoj Žižek, Occupy-Wall-Street-Streit „Lasst euch nicht umarmen!“, in: Süddeutsche Zeitung, 27.10.2011, <http://www.sueddeutsche.de/kultur/occupy-wall-street-streit-lasst-euch-nicht-umarmen-1.1174532> [last access: 02.01.2012].

19 Die NPD rief unter dem Motto „Okkupiert Occupy“ dazu auf, sich an den Protesten zu beteiligen. Mehrere NPD-Webseiten wurden daraufhin von Anonymous gehackt. Siehe dazu Martin Kaul, Zeit zur Spaltung, in: taz. die tageszeitung, 03.10.2011, <http://www.taz.de/1172/Kommentar-Occupy-Bewegung/!80470/> [last access: 02.01.2012].

20 Timo Reuter, Die gute Seite der Macht, in: taz. die tageszeitung, 25.10.2011, <http://www.taz.de/Bankenwollen-von-Occupy-profitieren/!80591/>; und: Nikolaus Busse, Werner Mussler, EU-Mitglieder einigen sich auf Bankenrekaptalisierung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.10.2011, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gipfel-in-bruessel-eu-mitglieder-einigen-sich-auf-bankenrekaptalisierung-11505898.html> [last access: 02.01.2012].